

10.07.2013

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1328 vom 11. Juni 2013
des Abgeordneten Theo Kruse CDU
Drucksache 16/3270

Eindämmung von Gewalt gegen Polizeibeamte durch rot-grüne „Woche des Respekts“?

Die Ministerpräsidentin hat die Kleine Anfrage 1328 mit Schreiben vom 8. Juli 2013 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit der Ministerin für Schule und Weiterbildung, dem Minister für Inneres und Kommunales, dem Justizminister und der Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport beantwortet.

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Am 05.05.2013 berichtete die Rheinische Post über „ausufernde Gewalt gegen Respektspersonen“ in Nordrhein-Westfalen. Demnach soll es in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr rund 6.000 Angriffe auf Polizeibeamte im Dienst gegeben haben. Nach Angaben des NRW-Landesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei bedeute dies, „dass rund alle 90 Minuten ein Beamter zur Schaden kommt“. Nach einer Untersuchung der Unfallkasse NRW hätten auch 59% aller Rettungskräfte in Nordrhein-Westfalen inzwischen Gewalt im Dienst erlebt. Auch Lehrer, Strafvollzugsbedienstete und Schiedsrichter sähen sich zunehmend gewaltsamen Übergriffen ausgesetzt.

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hatte bereits im Rahmen ihrer Regierungserklärung vom 12.09.2012 ausgeführt, dass der ausufernden Gewalt gegen Polizeibeamte sowie andere Einsatz- und Hilfskräfte in NRW entschlossen entgegengetreten werden müsse. „Die Landesregierung plant deshalb, künftig jährlich in einer Woche des Respekts für gegenseitige Achtung zu werben. (...) In den Schulen sollen Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte informieren“, so die Ministerpräsidentin (PIProt 16/7, S. 250 f.).

Datum des Originals: 08.07.2013/Ausgegeben: 15.07.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

1. Welche konkreten Maßnahmen hat die rot-grüne Landesregierung seit der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin ergriffen, um gewalttätige Übergriffe auf die o.g. „Respektspersonen“ einzudämmen? (Bitte unter Angabe des Umsetzungs-/ Planungsstandes einzeln auflisten.)

Nachfolgend aufgeführte konkrete Maßnahmen wurden seitens des Landes ergriffen:

- Um ein belastbares und aussagekräftiges Lagebild zur Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zu erhalten, stellen die Kreispolizeibehörden seit 2010 die notwendigen Daten im Rahmen einer Sonderhebung zur Verfügung. Das Landeskriminalamt (LKA) erstellt auf Grundlage dieser Datenbasis jährlich das Lagebild "Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in NRW". Diese Sondererhebung wird auch in den Jahren 2013 und 2014 weitergeführt.
- Im Rahmen der NRW Studie hat die durch das Ministerium für Inneres und Kommunales NRW eingerichtete Projektgruppe unter wissenschaftlicher Begleitung der Universität Kiel im Frühjahr 2012 alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zur erlebten Gewalt und dem Umgang damit befragt. Ziel der Studie ist es, die subjektive Sicht der Befragten zu den Themenfeldern Betreuung, Aus- und Fortbildung, Nachbereitung, Belastung und Ausstattung zu erheben. Der Abschlussbericht und die Ergebnisse werden Ende des Jahres 2013 vorliegen.
- Der Leitfaden 371 "Eigensicherung" VS - Nur für den Dienstgebrauch wurde unter Beteiligung des Landes NRW überarbeitet und den aktuellen Anforderungen angepasst. Mit Erlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW vom 07.08.2012 - 41 - 60.26 - VS-NfD wurde der Leitfaden in Kraft gesetzt und im Mai 2013 jeder Polizeibeamtin und jedem Polizeibeamten ein persönliches Druckexemplar ausgehändigt. Im Leitfaden 371 VS-NfD ist das Einsatzmodell verankert, welches für jeden Einsatz die Phasen der Vorbereitung, Aktion und Nachbereitung vorsieht.
- Mit Erlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW vom 22.12.2010 - 44 - 63.11.01/63.11.10 - wurde zunächst die Bereitschaftspolizei mit Impulsschallgeschützstöpsel ausgestattet, damit die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten besser vor der Schallwirkung gezündeter pyrotechnischer Gegenstände geschützt sind. Anschließend erfolgte die Freigabe für alle Organisationseinheiten.
- Als Ergebnis der Arbeitsgruppe Eigensicherung wurde im Januar 2011 ein landesweites Eigensicherungsportal im INTRAPOL NRW eingeführt. Das Portal informiert alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten über aktuelle Fragestellungen und Erkenntnisse rund um das Thema Eigensicherung.
- Die Kommission Polizeiliche Kriminalprävention (KPK) hat unter Beteiligung des Landes NRW im Rahmen ihrer 68. Arbeitstagung am 14./15.Mai 2013 den Prüfbericht zur Aufnahme der Problematik Gewalt gegen Polizeibeamte in das Projekt Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK) zur Kenntnis genommen.

In diesem Prüfbericht werden bereits konkrete Ansatzpunkte und mögliche Handlungsoptionen (Einarbeitung der Thematik in bereits bestehende Medien, Erstellung neuer Medien) aufgezeigt. Die Thematik „Gewalt gegen Polizeibeamte“ sollte in die polizeilichen Angebote des ProPK sowohl unter gewaltpräventiven Aspekten als auch zur Verdeutlichung der Rolle der Polizei im demokratischen Rechtsstaat, zur Stär-

kung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die Polizei und zur Erhöhung der Akzeptanz polizeilicher Maßnahmen aufgenommen werden.

Die Kommission Polizeiliche Kriminalprävention hat einstimmig beschlossen, dass sie es für erforderlich hält, das Thema "Gewalt gegen Polizeibeamte" in die Themenfindung 2015/2016 einzubeziehen.

Darüber hinaus wirkt das Land NRW maßgeblich in themenbezogenen Arbeits- und Projektgruppen der Gremien der Ständigen Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder (IMK) mit.

- 2. Wann genau wird die erste „Woche des Respekts“ in Nordrhein-Westfalen stattfinden?**
- 3. An welchen Schulen soll die „Woche des Respekts“ durchgeführt werden? (Bitte die Auswahl der jeweiligen Standorte begründen.)**
- 4. Mit welchen konkreten Maßnahmen soll im Rahmen der „Woche des Respekts“ Gewaltübergriffen auf die o.g. „Respektspersonen“ vorgebeugt werden?**
- 5. Inwieweit ist eine Evaluierung der „Woche des Respekts“ geplant?**

Die erste „Woche des Respekts“ der Landesregierung soll 2014 stattfinden. Ein Konzept dazu sieht neben Aktionen der Landesregierung in einem noch festzulegenden Zeitraum partizipative Elemente vor. Hierzu stehen Klärungs- und Abstimmungsprozesse an. Ziel ist, Ende dieses Jahres Einzelheiten zur „Woche des Respekts“ vorzustellen.